

Danziger Zeitung.

Nr 15128.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petzeile oder deren Raum 20 g. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1885.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 11. März. (W. T.) Die "Times" hält einen Zusammensatz an der afghanischen Grenze in Folge des weiteren Vorgehens der Russen in der Richtung von Herat nicht für unwahrscheinlich; die Afghane seien unter dem Rathe und dem Beistande der britischen Vertreter zum Widerstande gegen die russische Invasion vorbereitet. Der Leiter der englischen Grenzregulirungs-Commission, Sir Peter Lumsden, solle unter Umständen die Vertheidigung Afganistan organisieren. Der Emir von Afganistan hat in aller Form den Beistand der Briten zur Verstärkung Herats gegen einen möglichen Angriff seitens der Russen nachgesucht.

London, 11. März. (W. T.) Im Oberhause erklärte heute Lord Granville, weder die englische Regierung noch die hiesige deutsche Botschaft habe eine Bestätigung der Nachricht von einer angeblichen Beschimpfung der englischen Flagge in Victoria erhalten. Wie indessen auch die Sache sich verhalten möge, er sei überzeugt, der Zwischenfall werde zu keinen unangenehmen Verwickelungen führen. Ähnlich sprach sich Gladstone im Unterhause unter allseitigem Beifall aus.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Bremen, 10. März. Der Brand des Neismühlenabstießes von Anton Nielsen u. Comp. ist heute gegen Morgen gleichzeitig worden. Trotzdem das Feuer auf die Ausbruchsstelle beschränkt blieb, ist der Schaden doch ein bedeutender.

Köln, 10. März. Der Rhein hatte gestern Abend einen Stand von 6,20 erreicht, ist indes während der Nacht auf 6,06 gesunken und im weiteren Fallen begriffen. Weiter hell und kälter.

Wien, 10. März. Der Eisenbahnausschuss hat die neuen Anträge des Subcomites, betreffend des Uebereinkommens mit der Nordbahn, berathen und als Gewinnsgrenze 100 fl. angenommen. Der Handelsminister erklärte hierbei, daß er, falls die Nordbahn auf die neuen Anträge nicht eingehen sollte, noch rechtzeitig neue Vorschläge machen wolle.

Rom, 10. März. Außer der gestern eingebrachten Interpellation Bovio's über die Colonialpolitik der Regierung wurden noch weitere Interpellationen über denselben Gegenstand angemeldet. Der Minister des Auswärtigen, Mancini, wird voraussichtlich am nächsten Montag sämtliche Interpellationen beantworten.

Politische Überblick.

Danzig, 11. März. Was aus dem Antrage Ackermann betreffend den Befähigungs-nachweis für Gewerbebetreibende, der gestern im Reichstage berathen und an eine Commission verwiesen wurde, wiedergeht, steht zwar noch dahin. Was aber auch sein Schicksal sein möge, er beansprucht, wie der Abgeordnete Baumhauß in seiner scharfen Kritik sehr treffend bemerkte, jedenfalls historisches Interesse: an diesem Antrage wird man bereitst erkennen, was man im Jahre 1885 im neu begründeten deutschen Reiche der Nation und dem Handwerke zu bieten gewagt hat. Die Annahme des Antrags, den wir zur Zeit seiner Einbringung ausführlich besprochen haben, würde in der That gleichbedeutend sein mit der Einführung von Zwangsimmungen und zwar nicht einmal solcher, die wie die früheren Immungen einen selbstständigen Charakter hätten, sondern wahrer Jammerinstitutionen, die vollständig unter das Belieben der Behörden gestellt sein würden.

Sehr bereitst Vertheidiger fand der Antrag in dem Abg. Biehl, einem bairischen Centrumsmann, der den Antrag als "Abzugszahlung" für die obligatorischen Immungen acceptierte, und in demjenigen Volksvertreter, der niemals fehlt, wenn es gilt, etwas echt reactionäres zu vollführen: dem alten Kleist-Reichow, der sich mit dem ganzen ihm eigentümlichen Pathos ins Zeug legte.

Hoffentlich wird die Commission diesen Antrag mit möglichster Weichtheit berathen, um eine baldige Entscheidung zu ermöglichen, die, wie wir im Interesse des Handwerkerstandes hoffen, eine Niederlage der Zwangsimmungslute sein wird.

Die Freunde des Lotteriespiels müssen sich den gestrigen Tag schwarz anstreichen. Einmal sind alle Hoffnungen gescheitert, daß im Abgeordnetenkabinete die Vermehrung der Lotterieloote bei der 3. Lektion des Etats doch noch durchgefeiert werden würde: der bezügliche Antrag des Grafen Limburg auf Verdoppelung der Lotte wurde abgelehnt, wenn auch nur mit der knappen Mehrheit von 162 gegen 152 Stimmen. Der Regierung wäre offenbar eine Annahme des Antrags sehr genehm gewesen.

Warum auch nicht, da mit demselben eine erhebliche Mehreinnahme für den Staatsfädle verbunden gewesen wäre? Trotzdem hättte sie sich in Schweigen und verhielt sich passiv. Und wie ein Glück jellten allein kommt, so folte auch gestern für die Anhänger der Lotterie diesem ersten Unfall ein zweiter nach: Der Antrag Stöcker-Wagner, für den in der zweiten Lektion sich auch der freimaurische Hanel aussprach und welcher nichts geringeres bezweckt, als die Art an die Wurzel des ganzen Staatslotteriewesens zu legen, ging durch und Preußen ist aufgefordert, bei Sachsen, bei Braunschweig und Hamburg hinzuwirken, daß sie ihre Lotterien schließen. "Das alte stirzt", hoffentlich erblüht aber wirklich "neues Leben" und kein neues Spielen aus den Ruinen.

Die Ablehnung des Doppelmährungsantrags im Reichstage scheint in unseren maßgebenden Kreisen eine peinliche Überraschung hervorgerufen zu haben, da man dort den Berichtungen der Wirtschaftslist, die Majorität für den Antrag sei gesichert, vollen Glauben geschenkt hatte. Der Reichskanzler soll, als ihm Bericht über den Ausgang der Freitagsitzung erstattet wurde, seiner Überraschung über das negative Resultat der Abstimmung ziemlich unzweideutig Ausdruck gegeben

haben. Von Interesse ist, daß das von dem conservativen Abg. Lohren in dem Währungs-ausschuss der freien Vereinigung des Reichstags erstatete Correferat sich nicht auf den Antrag be-schränkte, den Antrag Leuschner abzulehnen, sondern auch weitere Anträge stellte, dahingehend:

1) Den Bundesrat zu ersuchen, die in den Jahren 1750 bis 1822 geprägten und noch im Verkehr befindlichen Thalerstücke sowie die in Österreich bis zum Schlus des Jahres 1867 geprägten Vereinthalter unverzüglich zur Einlieferung aufzurufen und vor Ende dieses Jahres außer Curs zu setzen; 2) die Münzverwaltung zu veranlassen, dem Reichstage mitzutheilen, wie viele Einhalterstücke der innere Geldverkehr bei uneingeschränkter Circulation der Zehnmarkstücke noch begehr; 3) die Bankverwaltung zu eruchen, dem Reichstage mitzutheilen, welche Bestände an Silberthalern erwünscht sind, um Kraft des § 13 des Münzgesetzes den speculativen Export deutscher Goldes zu begrenzen und den Goldschatz der Banke wirksam zu schützen.

Der Rest — hr. Lohren schätzt den Bedarf auf 300 Mill. Mark — soll verkauft bzw. für die unter deutschen Schutz gestellten Colonien verwendet werden. (1)

Über die heute morgen kurz mitgetheilten Erklärungen des Staatsministers Grafen Götz-Wrisberg, die derselbe gestern im braunschweigischen Landtag über die Thronfolgefrage abgegeben hat, geht uns folgende ausführlichere Meldung zu, die um so eher mitgetheilt zu werden verdient, als gerade in den letzten Wochen die braunschweigische Frage außerordentlich viel erörtert worden ist. Graf Götz führte aus:

"Es seien eine Menge Gerüchte in den Zeitungen verbreitet, daß die Landesregierung bereits in Verhandlungen bezüglich der Thronfolge eingetreten sei; man habe auch auf die letzte Anwesenheit des Ministers in Berlin verwiesen. Diese habe aber wenientlich zum Grunde, den Austausch von Ratifikationsurkunden der Eisenbahnverträge herbeizuführen. Der Regierungsrath halte es für sachgemäß, dem Landtage davon Mittheilung zu machen. Was die gegenwärtige Lage der Thronfolgefrage betreffe, sei die Sachlage seit dem 17. Dezember wesentlich dieselbe wie damals. Es seien bei der Landesregierung von keiner Seite und namentlich nicht von Seiten des Herzogs von Cumberland, der ja bisher allein Rechte auf die Thronfolge im Lande beansprucht habe, irgend welche Schritte zur Klärung der schwedischen Thronfolgefrage getrieben. Ob in dieser Beziehung und in wie weit an anderer Stelle Schritte geschehen seien, — darüber sei die Landesregierung nicht in der Lage der Besammlung irgend welche Mittheilung machen zu können. Obindem kommen Monaten bis zum Ablaufe des Sterbezahrs Ereignisse eintreten werden, die eine neue Phase in der Thronfolgefrage herbeiführen werden, darüber stehe der Landesregierung keine Kenntnis zur Seite, er vermöge darüber keine Mittheilung zu machen. Sollte bei Ablauf des Sterbezahrs der Landesregierung eine Mittheilung, welche geeignet wäre, Verhandlungen herbeizuführen, nicht angehen, so werde die Landesregierung und der Regierungsrath, gestützt auf den § 16 des Regierungsgesetzes, der Landesversammlung nach dem 18. Oktober diejenigen Vorschläge unterbreiten, welche dieser Paragraph an die Hand giebt. Bis dahin bitte der Regierungsrath, daß denselben bei der Führung der provisorischen Regierung entgegengebrachte Vertrauen bewahren zu wollen; das werde demselben bei der Lösung der obliegenden schwierigen Aufgabe eine Stütze gewähren. (Lebhafte Bravo.)"

Die ganze Frage, das ist der Kern, ist also, wie wir öfter betont haben, noch gänzlich ungeklärt und in der Schwebe.

Unter dem Namen "Gesellschaft für deutsch-afrikanischen Handel" hat sich nach einem Telegramm der "Post" gestern in Frankfurt a. M. eine neue Compagnie constituiert mit dem Zwecke, das von den Herren Collin und Siegle begonnene Werk der deutschen Handelsniederlassungen am Oubrakasten vergrößert fortzubetreiben. Die Ländereien sind bekanntlich unter den Schutz der deutschen Flagge gestellt. Betheiligt sind eine Anzahl Herren vom Colonialverein, so Fürst Hohenlohe-Langenburg und Graf Frey Frankenberg, ferner mehrere hervorragende Hamburger Firmen.

Das deutsche Colonialgebiet von Kamerun muß wiederum der Schauplatz eines Vorganges gewesen sein, der nach englischen Berichten ganz darnach aussieht, wiederum einen Conflictstoff abzugeben. Es wird darüber aus London telegraphiert:

Die hiesigen Blätter erwähnten mehrfach, daß die englische Flagge in Victoria von Deutschen herabgenommen sei. Nach einer Mittheilung des Londoner Secretärs der Baptisten-Mission in Victoria glaubt die "Wall Mall Gazette" annehmen zu können, daß es nur um Victoria, sondern um den benachbarten Bergdistrikt handle, wo der Pole Rogozinski die Flagge aufgehobt habe.

Dem "B. T." wird darüber gemeldet: "Was war gestern im Unterhause Augenzuge, als die Nachricht von der Herabnahme der englischen Flagge in Victoria besprochen wurde. Es erregte die peinlichste Aufmerksamkeit. Die "Times" und der "Standard" befreden hent das Vorkommis und drüden die Hoffnung aus, daß der Alt blös die eigenmächtige Handlung eines untergeordneten Beamten sei, welcher vom Fürsten Bismarck desavouirt werden würde. Dem Victoria sei seit Jahren eine anerkannte englische Handels- und Missionstation. Die ministerielle "Daily News" schweigt dagegen vollständig."

Es fehlen aber über den ganzen angeblichen Vorgang bis jetzt irgend welche zuverlässige Mitteilungen; amtlich ist in London, wie das obige Telegramm zeigt, weder der englischen Regierung noch der deutschen Botschaft etwas bekannt.

Das Gebiet von Victoria, von dem hier die Rede ist, am Fuße des Kamerumberges gelegen, wurde von dem Polen Rogozinski, als eben die Deutschen zugreifen wollten, für die Engländer erworben und schiebt sich mittler in das deutsche Territorium hinein. Die Möglichkeit eines Conflictes mit der sich hier befindlichen englischen Missionsstation Victoria ist allerdings insofern nicht ausgeschlossen, als schon lange zwischen ihr und den deutschen Kaufleuten in Kamerun eine Spannung herrschte, die besonders bei den Räumen unserer Marineoldaten gegen die Neger im Dezember

vorigen Jahres zum Ausdruck kam. Es wurde damals constatirt, daß die auffällidhenden Neger an der Missionsstation Victoria Rückhalt fanden.

Was so ein kluger englischer Journalist nicht alles weiß! Der Berliner Correspondent der "Morning-Post" schreibt:

"Ich habe aus bester Quelle erfahren, daß der Kaiser niemals in seinem Leben so erstaunt war, als da er von Fürst Bismarck's Rede im Reichstage hörte. Er sandte nach dem Fürsten und empfahl, keine Zeit zu verlieren, um einen Stande der Dinge ein Ende zu machen, welcher die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ernstlich compromittire. Se. Majestät soll ferner seine Entrüstung darüber ausgedrückt haben, daß solch' kleinliche Ereignisse, wie das betreffs der Depeche vom 5. Mai, die Veranlassung zu diplomatischen Streitigkeiten geben sollten."

Es ist schon begreiflich, daß die Engländer nach diesen und jenen Trost ründen für das Missgeschick suchen, das ihre Staatsleute in dem diplomatischen Duell mit dem Fürsten Bismarck erlitten haben, aber dabei auf solche Sprünge zu gerathen, wie der citirte Correspondent, das ist denn doch etwas stark! Dem englischen Blatte, das mit der gläubigsten Miene der Welt die Fabel von der "Entrüstung" unseres Kaisers gegen den Reichskanzler auffimmt, wäre es jedenfalls sehr zu empfehlen, sich durch einen etwas besser informierten Correspondenten oder wenigstens einen solchen vertreten zu lassen, der, wenn er einmal auf Entdeckungstreien ausgeht, um Balsam für englische Wunden zu finden, etwas geschickter zu Werke geht!

In der belgischen Deputirtenkammer übergegangen gestern der Ministerpräsident Bernaert Actenstücke bezüglich der Berliner Conference und brachte einen Gesetzentwurf befußt Genehmigung der Conference beschluß ein. Der Präsident der Repräsentantenkammer, Thibaut, schlug darauf die Ernennung einer Commission vor, welche beauftragt werden soll, eine Glückwunschiadresse an den König auszuarbeiten. Die Kammer nahm den Vorschlag Thibaut's einstimmig an.

Vom Kriegsschauplatze im Sudan. Der retirirende Colonne des General Bradenbury für die Feinde fast auf dem Fuße nachgefolgt. Unter den Befehl des Scheits Abu Hagel drangen sie so nach Bradenbury's Umkehr wieder vor, beseß den Ort Kerbeck im Nähe Dukkau, n. General Earle im siegreichen Kampfe fiel, und wollen nun nach der Zukunft weiterer Verteilung, ungefähr 5000 Mann stark, dem Laufe des Nil entlang den Engländern nachrücken. Für wie bedrohlich diese Annäherung angesehen wird, geht daraus hervor, daß der die Truppen des Mudirs in Merawi befehlende Offizier um Verstärkungen gebeten bat.

Eine merkwürdige Nachricht kommt aus Central-Amerika. Der Präsident Barrios von Guatemala hat, wie ein Telegramm des Ministers des Auswärtigen an den Newyorker Consul von Guatemala meldet, ein Decret erlassen, Inhalts dessen die Union der Staaten von Centralamerika zu einer einzigen Republik erklärt wird. Barrios hat zur Verwirklichung dieses Planes den Oberbefehl über sämtliche Truppen übernommen.

Auch eine der Pariser Vertretung von Guatemala zugegangene telegraphische Nachricht bestätigt, daß der Präsident Barrios von Guatemala erklärt hat, die Staaten Centralamerica zu einer Union in einer Republik einigen zu wollen. — Ob die übrigen centralamerikanischen Republiken mit diesem Decret einverstanden sind, darüber ist nichts gesagt.

Abgeordnetenkabinett.

37. Sitzung vom 10. März.

Dritte Beratung des Etats.

Abg. v. Minnigerode (conf.): Das Facit des Etats ist nicht gerade erfreulich. Nach dem Ergebnis der zweiten Sitzung haben wir gegenüber den Ausgaben, die wir nicht meinten verheißen zu können, ein Deficit von 22½ Mill., das wir durch Anleihe aufbringen müssen. Es ist klar, daß nur durch die Verschiebung der Finanzen im Reich wir zu einem Deficit gedrängt werden sind. Hätten wir noch dieselben Matricularbeiträge wie im Vorjahr, so würden wir sogar in der Lage sein, noch einen Überschuss von 2 Mill. für das Extraordinarium verwenden zu können. Denn bei aller Beschränkung, die wir uns auferlegen, werden sich auch in Zukunft unsere Bedürfnisse steigern müssen; ebenso liegen die Zustände auch in fast allen Bundesstaaten. Da die Ausgaben nicht zu bezeichnen sind, so ist lediglich Hilfe zu schaffen durch erhöhte Einnahmen im Reiche. Die Intraden aus den Zollabgaben und die Geschäftsteuer werden, wie ich hoffe, im Stande sein, das Gleichgewicht einigermaßen herzustellen.

Abg. Reichenberger (Centr.) bringt die Einführung eines Mitteleramens auf den Universitäten zur Sprache. Namentlich mit dem juristischen Studium auf den Universitäten, wie es jetzt betrieben wird, kann es nicht weiter gehen.

Zustimmen Friedberg: Statt der früher in Preußen vorhandenen drei juristischen Examina sind durch die Reichsgelehrte zwei Examina eingeführt worden, und ich neinte keinen Anstand zu erklären, daß es besser gewesen wäre, wenn wir bei der alten preußischen Einrichtung geblieben wären. Ein anderes ist es aber, ob wir der jetzt bestehenden Gelehrte gegenübertreten können. Der Präsident will nun aber nur ein Zwischenexamen auf der Universität haben. Ich bin gern bereit, mich darüber mit dem Universitätsminister in Verbindung zu setzen, um wieder dann sehen, ob von dort kein Widerstand erfolgt gegen eine Bestimmung, daß nur derjenige, welcher in einem intermediären Examen auf der Universität seine Schuldtigkeit gehabt, zum Referendarexamen zugelassen werde.

Abg. Büchtemann (Frei): Ich stimme in der Gesamtausstattung des Etats mit dem Abg. v. Minnigerode überein. Das Resultat ist nicht erfreulich, und ich meine auch, daß wir, statt das Deficit durch Anleihen zu decken, auf andere Mittel zu denken genötigt sein werden. Ganz ist die Erhöhung der Matricularbeiträge an dem ungünstigen Abschluß unseres Etats schuld. Die Höhe ist aber im Wesentlichen auf die Mindererträge der Zuckersteuer zurückzuführen, und daran ist wiederum die conservative Partei schuld, welche einer Änderung dieser Steuer sich stets widerstellt hat, nicht blos zum

Schaden der Staatsfinanzen, sondern auch der Zuckerinteressenten. Man sollte im Reiche, um höhere Erträge zu erzielen, lieber auf eine Änderung des Spiritus- und Zuckersteuer Bedacht nehmen. Der Staat sollte auch seine Aufgabe nicht über das notwendige Maß erweitern, auch die Communen nicht von Staatswegen unterstützen wollen. Aber die Überwanderungspolitik ist ja wesentlich von der rechten Seite unterstützt worden, und auch jetzt sehen wir, daß der Auftrag von Huene dort Unterstützung findet. Die Einnahmen des preußischen Staates müssen getrennt von denen des Reichs, und wir dürfen uns nicht immer an das Reich um neue Einnahmen wenden. Wir wollen nicht, daß Zölle im Reich beschlossen werden, damit wir unseren Ansprüchen gerecht werden können. Vor allen Dingen ist Sparsamkeit noth. Die Börsesteuer wird keine Einnahmen erbringen, welche uns und dem Reich über das Deficit hinwegheulen. So lange die Wirtschaft im Staate und Reich bleibt, so lange glauben auch wir nicht, daß das Deficit beseitigt werden wird.

Abg. v. Uechtritz (conf.)theilt nicht den Wunsch nach Einführung eines juristischen Mitteleramens. Die Freiheit, allgemeine und nicht blos Fachbildung auf der Universität zu erwerben, müßte aufrecht erhalten werden. Lieber möge man die Lehrmethode der juristischen Wissenschaft an den Universitäten nach manchen Richtungen hin reformieren.

Abg. v. Minnigerode hält seine früheren Ausschreibungen aufrecht und bestreitet insbesondere die Behauptungen Büchtemann's über die Zuckerfrage.

Abg. Rickert: Auch die Kräfte des jetzigen Eisenbahnmasters reichen nicht aus, um für die Zukunft die Bewährung des jetzigen Staatsbahnsystems zu verhindern. Die Eisenbahnpolitik hat, wie die ganze Finanz- und Wirtschaftspolitik, ihre Probe noch nicht bestanden. Wo bleiben denn die Eisenbahnbüros, wenn die Kohlenpreise einmal steigen? Dr. v. Minnigerode hat vorhin hier nach neuen Reichseinnahmen gerufen, nachher aber nicht auf diese Dinge eingehen wollen, als Büchtemann ihn auf den Zucker und Schnaps aufmerksam gemacht. Von den neuen Reichseinnahmen aus den Zöllen, die jetzt leider benötigt werden, wird Preußen nichts bekommen; auch eine etwaige Börsesteuer, die neue Belastung des Verkehrs, wird das Reich lediglich für sich behalten. Das ist eben das Schlimme an der jetzigen nicht weitsichtigen Politik der Regierung, welche die Zukunft gar nicht im Auge hat, daß das Reich, Preußen, die Communen, jeder von ihnen sich auf den Andern verläßt und auf diese trügerische Hoffnung hin darauf loswirtschaftet. Das Tabakmonopol, welches allein die Ihnen jetzt gewünschten Reichseinnahmen einbringen könnte, erhalten Sie aber in Dezembris nicht. (Widerpruch rechts.) Früher waren Sie (nach rechts) Gegner des Monopols; jetzt scheinen Sie dessen eifige Anhänger zu sein.

Minister v. Scholz: Wenn ich jetzt stillschweigen würde, so könnte man im Lande denken: "Vor dem Widerstand des Rickerts" (rechts), welcher der Regierung vorwarf, sie habe die Zukunft nicht im Auge, hat die Regierung verstimmt müssen." (Heiterkeit) Wenn irgend eine Regierung in irgend einer Zeit für die Zukunft vorbereitet hat, so ist es die jetzige. Nie hat eine Regierung weitere Ziele, größere Gesichtspunkte zu verfolgen. Leider hat sie diese Ziele nicht erreicht. Wie kann es für die Zukunft vorzüglichere Politik geben, als es die ist, welche das Reich gegen alle Stürme der Zukunft sichern will? (Lebhafte Beifall rechts.) Wenn wir auf diesem Wege nichts erreicht haben, so sind lediglich Sie (nach links) daran schuld, die Sie den Muth haben, heute die Regierung zu sagen, Sie treiben kürzstichtige Politik. Jetzt spricht Dr. Rickert davon, man dürfte den Verkehr mit der Börsesteuer nicht neu belasten.

einer bei ihm in letzter Zeit zur Gewohne gewordenen höflichen Art so gesprochen, als ob ich meinte, unter der Wucht meiner Aeußerungen die Regierungspolitik niederwerfen. Die peinliche Situation, in der der Minister sich befindet, hat ihn wohl dazu veranlaßt, meine Aeußerungen, über die ich viel bescheidener denke, wie der Herr Minister, ironisch zu behandeln. Nicht der Wucht meiner Aeußerungen, sondern der Wucht der Thatsachen können wir Ihre Politik überlassen, sie werden, je länger, je mehr hervortreten, an Ihnen wird Ihre Politik die Kritik und das Ende finden. (Bravo links, Lachen rechts.) Von einem kurzen Gedächtniß hätte der Minister nicht sprechen sollen, er scheint meine Reden mit Fleiß, aber nicht mit Erfolg zu lesen. Noch vor wenigen Wochen ist es ihm im Reichstag passirt, daß er mich als einen bezeichnete, der gegen die Aufhebung der untersten Klassesteuer gewesen. Das war ebensoviel richtig, wie das heutige Etat, als ob nach meiner Meinung für Preußen die einzige Rettung in den Stempelsteuer liege. Ich habe bei der ersten Berathung nur die Behauptung bestritten, daß das Reich allein im Besitz der indirekten Steuern sei, daß ihm die Stempelsteuer noch immer zugänglich sind, und daß der Finanzminister Camphausen eine Reform derselben in Preußen für zulässig erklärt habe. In Bezug auf die Börsesteuer war das, was der Minister nicht sagte, interessanter, als das, was er sagte. Da bleibt Alles in einem gewissen Huldun. Weshalb hat denn die Regierung ihren früheren Entwurf nicht wieder eingebrochen? Hält sie ihn noch für gut und ausführbar — oder hat sie sich nicht viel mehr, wie es offenes Geheimnis ist, davon überzeugt, daß er unzureichbar und schädlich? Weshalb ergreift die Regierung nicht, wie bei den Getreidezöllen, die Initiative? Weshalb soll die Frage dem Staatsrat vorgelegt werden? Der Finanzminister wird gewiß nicht in Abrede stellen können, daß die Erregung einer wesentlich veränderte Stellung jetzt einnimmt. Der Finanzminister nahm für sich und die Regierung die Politik der Fürsorge für die Zukunft, das Programm der Selbstständigkeit der Reichsfinanzen in Anspruch. Das letztere haben die Liberalen bereits 1867 zu einer Zeit aufgestellt, als die Conservativen und die Regierung noch nicht dieselbe Stellung zu den Matrikularkräften einnahmen wie jetzt. Selbstständige Reichsfinanzen haben die Liberalen von Anfang an verlangt, auch die fröhliche Reichspartei — die jetzige ist ja etwas ganz anderes — schloß sich damals an. Aber als Bedingung für eine solche Finanzpolitik haben die Liberalen stets verlangt, daß an die Stelle der Matrikularkräfte Reichssteuern treten, welche die konstitutionellen Garantien geben, welche in den Matrikularkräften liegen. Und welches war die Antwort des Kanzlers? Man kann sich mit dem Ausgebemäßigungrecht begnügen! Das heißt: Man wollte eins der wichtigsten Rechte der Volksvertretung unter dem Schutze der Politik der Selbstständigkeit der Reichsfinanzen befehligen. Darauf mögen sich die Regierungen verlassen, dies zu tun haben wir auch zum Centrum, daß die deutsche Volksvertretung ihre Rechte nicht selbst zu Grabe tragen werde (Aha! rechts.) Die Selbstständigkeit der Reichsfinanzen wollen auch wir — aber unter voller Aufrechterhaltung der konstitutionellen, insbesondere der Budgetrechte des Reichstags. Das ist unser Programm gegenüber dem Thrigen. (Beifall links.)

Minister v. Scholz: Bezüglich der Abstimmung des Abg. Rittert über die Aufhebung der untersten Klassesteuern habe ich einen Brief zum Begangen; deswegen leide ich aber durchaus nicht überhaupt an mangelndem Gedächtniß, namentlich nicht bezüglich der Einziehung der Stempelsteuer. Die betreffende Aeußerung hat der Abg. Rittert, obwohl ich den Bericht im Augenblick nicht finden kann, zweifellos gehabt. Sie ist Gegenstand einer Erwiderung von mir geworden. Er berief sich auf die Autorität von Camphausen, und ich erwiderte ihm, er kenne die Vorgeschichte der Frage nicht. Wenn Herr Rittert mich in Verlegenheit zu setzen versucht mit der Begründung, warum denn der Geschäftsteuerentzug nicht wieder eingebrochen sei, so geht das aus diesem Umstande allein nur hervor, daß über die Modalitäten, wie sie der ursprüngliche Entwurfsvorschlag, bei der Regierung gewisse Bedenken aufgestellt sind; die Aufnahme des Entwurfs im Laufe hat die Regierung ständig gemacht. Daraus machen wir gar kein Geheimnis, und wenn wir uns vielleicht damit ab, Wenn schließlich behauptet werden ist, daß nicht die Regierung, sondern die liberale Partei schon 1867 die finanzielle Sicherheit des Reiches proklamiert habe; diesen Prioritätsstreit nehme ich nicht auf, es kann ja 1867 eine politische Partei das in ihr Programm gefügt haben; aber was thue ich mit Programmen, was thue ich mit Redensarten? (Sehr wahr! rechts.) Die jetzige Regierung mit dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten an der Spitze hat zuerst praktisch, mit Thatsachen, mit Erfolgen diese Politik inauguriert. Ebenso wenig wie das Programm des Nationalvereins Deutschland geeignet hat, ist diese finanzielle Sicherung durch irgend ein Programm irgend welcher liberalen Parteien gefördert worden. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. Büchtemann: Wie kann der Finanzminister als Redensarten bezeichnen, was eine Partei in ihr Programm aufnimmt. Wir können doch keine Gesetzesvorlagen über Steuern und Zölle machen, das müssen wir der Regierung überlassen; aber die letztere kann doch, wenn sie sich einmal in denselben Fahrwasser bewegt, nicht behaupten, sie allein habe die Sache gemacht. Und hat denn nicht das deutsche Volk bei der Einigung des Vaterlandes in der Erkenntnis seiner Würde seine volle Schuldigkeit gethan? Und welche Erfolge hat denn der Minister v. Scholz, dessen Ton gegenüber dem Abg. Rittert so spöttisch war, im seiner dreijährigen Wirtschaftsführung aufzuweisen? Hier sind sie sehr gering, im Reichstage noch geringer; nichts von den großen Worten, die gefallen sind, ist Wirklichkeit geworden. Der Finanzminister hätte alle Ursache bestehende zu sein (Sehr gut! links), der Tag wird kommen, wo er an das Schicksal des Hrn. Bitter denkt (Heiterkeit links. Ruf: Er wackelt ja schon!) Auch der Eisenbahnmüller war von Selbstgefühl nicht frei (Vorwurf rechts); nun, Sie rufen ihm ja immer Beifall zu, er mag sagen, was er will, auch sich selber widersprechen. (Heiterkeit links. Ruf: Chor der Landräthe! Unruhe rechts.) Seine Verwaltung ist fiskalischer, als es eine Privatverwaltung war. Gleichheit der Tarife wird durchgeführt, keine Ermäßigung. Je gleichmäßiger die Tarife sind, desto fester werden sie auch, und um so weniger ist an Ermäßigung zu denken. Der Bau von Secundärbahnen ist kein Beweis für den Vorzug der Staatsbahnsysteme; die Verwendung der Erneuerungsfonds ist keine Anlage für die Zukunft, sondern ein Erfolg für den Geschlech in der Vergangenheit. Die bisherigen Finanzresultate der Staatsbahnenverwaltung sind derartig, daß sie eher ein Heraugehen als eine Befürchtung der Zustände ergeben (Oho! und andauernder Widerspruch rechts); um so mehr empfiehlt sich vorsichtiges Abwarten! (Beifall links.)

Abg. v. Schorlemer: Das Centrum bleibt auch ohne den Versuch einer Festnagelung, wie ihn der Abg. Rittert gemacht hat, seinen Grünflächen getrennt. (Beifall.)

Abg. Ennecerus (nat.-lib.): Die nationalliberalen Partei hat stets auf dem Standpunkte der Selbstständigkeit der Reichsverwaltung gestanden und dieses Prinzip als Reichsrecht festgehalten, als sie 1879 gegen die Frankfurter Claußin stimmt.

Abg. v. Ehren (nat.-lib.): Der Abg. Büchtemann hat bei früheren Gelegenheiten noch eine viel grösere Fiscalität an den Tag gelegt, als er sie heute dem Eisenbahnmüller zum Vorwurf macht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Rittert (persönlich): Das ich meine Ausführungen vom 19. Januar correct dargestellt habe, und nicht der Finanzminister, geht einfach aus dem stenographischen Bericht hervor. Ich sage damals: Der Finanzminister hat erklärt, daß nur auf dem Wege der Reichsteuern und zwar der indirekten der preußische Staat befriedigt werden könne. Er sagt, das Reich habe den Schlüssel zu den indirekten Steuern. Richtig ist das nicht ganz. Wir haben auch einen nicht ganz bedeutenden Schlüssel zu den Stempelabgaben, und der frühere Finanzminister Camphausen hat auseinandergefest, daß eine Reform der Stempelsteuer in Preußen in Aussicht genommen werden könnte; und daß man daraus erhebliche Erträge erwarten könnte, ist wohl nicht zweifelhaft. Der Finanzminister rief da-

mals: "Gewiß, natürlich!" Sie werden zugeben, daß ich richtig citirt habe.

Die Spezialdiskussion wird hierauf geschlossen und in der Generalkonferenz der Etat der Domänenverwaltung nach den Beschlüssen zweiter Lesung ohne Debatte bestätigt.

Beim Etat der Forstverwaltung gelangt ein

Autrag Kuebel zur Annahme, wonach im nächstjährigen

Etat die Einnahme aus der Eichenholzrinde in einem

beiden Titel nachgewiesen werden soll.

Beim Etat der Lotterieverwaltung liegt wiederum der Antrag des Grafen Limburg-Stirum vor, die Zahl der Lotteriescheine zu verdoppeln und demgemäß die Einnahmen zu erhöhen. Außerdem beantragt Abg.

Wagner: "Die Regierung zu ersuchen, entweder im Wege der Reichsgesetzgebung oder, wenn das nicht zu ermöglichen sein sollte, durch besondere Verhandlungen mit den Regierungen derjenigen deutschen Staaten, welche noch Staatslotterien haben, darauf hinzuwirken, daß sämtliche Staatslotterien im deutschen Reiche baldmöglichst aufgehoben werden."

Abg. Stengel (freic.): Der Antrag des Grafen Limburg sei heute wieder eingebraucht worden, nicht weil die Antragsteller für die Lotterie begeistert seien, sondern um die Einnahmequelle, die in anderen Staaten des deutschen Reiches viel reicherliegt, auch in Preußen erzielbar zu gestalten. Eine geradezu unsittliche Einrichtung könnte er die Lotterie nicht nennen. Eins der schönsten Bauwerke, der Kölnner Dom, sei durch die Einnahmen aus den Lotterien hergestellt worden. Auch die bei den Pferderennen und ähnlichen Veranstaltungen stattfindenden Lotterien würden vom Publikum nicht aus Interesse an der Sache gefordert, sondern lediglich wegen der Gewinnlichkeit.

Gegenüber der Notlage unserer Finanzen, durch welche manche nützliche Ausgaben in den Hintergrund gedrängt würden, müsse man neue Einnahmequellen eröffnen.

Abg. Meyer-Breslau (frei.) erklärt, daß er die Lotterie für nachtheilig halte, aber nicht für so nachtheilig, um in jedem Jahre einen Antrag auf Abschaffung derselben zu stellen. Er betrachte sie als eine dem Untergange geweihte Rüne, die er nicht restaurieren wolle. Dr. Stengel scheine die Lotterie als Schnapskosten gegen das Börsepiel zu betrachten, das sei doch eine sehr bedenkliche Auffassung. Es könne nicht Aufgabe des Staates sein, eine schädliche Neigung in unschädliche Bahnen zu leiten. Auch die Lotterien, welche mit Ausstellungen und dergleichen Veranstaltungen verbunden seien, pflegten nicht in dem Maße das Glücksspiel zu sein, wie das bei der Staatslotterie der Fall sei. Sehr viele Leute kaufen dabei Lose, um den eigenen Zweck zu fördern. Es fallen ihnen aber kaum ein, in den Gewinnlistern nachzusehen, ob sie etwas gewonnen hätten.

Abg. Reichensperger (Köln) spricht sich für den Antrag des Grafen Limburg-Stirum aus. Er vergleicht die Lotterie mit der Verbesserung gegen Feuerversicherung; auch diese treffe so selten ein, wie ein großer Treffer in der Lotterie. Trotzdem finde niemand etwas Bedeutliches darin, für die Feuerversicherung laufende Beiträge zu bezahlen. (Lebhafter Widerspruch.) Durch die Verbesserung der Lotterien hoffe er namentlich den auswärtigen Lotterien das Handwerk zu legen.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.) erklärt, daß man sich mit einer bestehenden Lotterie allenfalls absfinden könnte, aber er könne nicht den Grundsatz dulden, daß man die Lotterie erweitere, und daß die Sucht des Lotteriespiels sogar durch Herstellung kleiner Appoints in das Volk getragen werde. Dazu könne er seine Zustimmung niemals geben, namentlich nicht in dem jetzigen Augenblick, wo man sich mit der Socialreform beschäftige, wo man die ethischen Kräfte im Volke beleben wolle. Sollte der Postbote in der einen Tasche das Sparfassbuch für Postsparsassen und in der anderen die Lotterielose tragen? (Große Heiterkeit. Ruf: Scherhaft!) Der Vergleich zwischen Verbesserung und Lotterie sei nicht zulässig, denn bei der Verbesserung eines Schaden vermeiden, beim Lotterpiel aber wolle man sich einen Gewinn sichern.

In naumentlicher Abstimmung wird der Antrag des Abg. Grafen Limburg mit 162 gegen 152 Stimmen abgelehnt, der Etat der Lotterieverwaltung nach den Beschlüssen zweiter Lesung genehmigt. Für den Antrag stimmen die Dreikonservativen, die Mehrheit der Conservativen und eine Minderheit der Nationalliberalen, sowie vereinzelt Mitglieder des Centrums und der freisinnigen Partei; gegen denselben votiren fast das ganze Centrum, die Deutschfreiherrn, die Polen, die Mehrheit der Nationalliberalen und etwa ein Viertel der Conservativen; die Minister v. Puttkamer, v. Voetticher, Lucas und Maybach, welche zugleich Abgeordnete sind, nehmen an der Abstimmung nicht Theil.

Der Antrag Wagner wird mit denselben Stimmenverhältnissen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

L. Berlin, 10. März. Die Börsensteuercommission beschäftigte sich heute mit dem die Revisionen der Schriftstücke bezüglich der Abgabenrichtung betreffenden § 27 der Vorläufige der Subcommission. Es wurde beschlossen, vorzuschreiben, daß die Landesregierungen "höhere" (anstatt "geeignete") Beamte mit der Revision zu beauftragen haben. Der von dem bairischen Bevollmächtigten angeregte, von einem bairischen Mitgliede der Commission gefestigte Antrag, die periodischen Revisionen nicht, wie die Subcommission vorschlägt, auf Bank-, Credit- und Versicherungsanstalten zu befrachten, sondern auch auf industrielle Gesellschaften auszudehnen, wurde abgelehnt. Der Berich, eine Bestimmung zu formulieren, daß Defraudationsstrafen nur bei vorläufigen Zu widerhandlungen gegen das Gesetz, in allen anderen Fällen aber nur Ordnungsstrafen verhängt werden sollen, ist bisher nicht von Erfolg gewesen; es wurde aber vorbehalten, zur 2. Lestung entsprechende Anträge einzubringen. Nach § 27 al. 3 kann die Steuerdirektionsbehörde gegen bereits wegen Steuercontraventionen bestraft Personen eine periodische Revision für die Dauer von 3 Jahren anordnen. Hierzu hat Abg. Bessert den Antrag eingebracht, daß eine solche Revision nur im Rückfall und nur durch das Gericht angeordnet werden kann; und ferner nur dann, wenn das Gericht feststellt, daß der Rückfall auf eine vorläufige Übertretung des Gesetzes zurückzuführen ist. Die Commission wird sich morgen mit diesem Antrage beschäftigen.

♦ Berlin, 10. März. Die Zolltarifcommission des Reichstags genehmigte heute die Zoll erhöhung für accommodirtes Leinen-Nähgarn mit 36 Mt. (jetzt 5—20 Mt.). Demnächst wird der Zoll auf Leinen-Nähgarn von 36 auf 70 Mt. erhöht, unter Rücksicht einer großen Zahl von Petitionen aus vielen Theilen Deutschlands, welche Tausende von Unterschriften von Schuhfabriken und Schuhmachern tragen.

♦ Berlin, 10. März. Die Notiz der "Germania", daß sich Frhr. v. Schorlemer - Alst im Reichstage einen vierwöchentlichen Urlaub genommen habe, ist richtig, im Abgeordnetenhaus aber ist Herr v. Schorlemer nicht beurkundet. Sein Gesundheitszustand scheint nichts zu wünschen zu lassen. Man will wissen, im Schoße der Reichstagsfraction wären sehr lebhafte Differenzen über die Haltung der Partei entstanden, welche Frhr. v. Schorlemer veranlaßt haben, sich zeitweilig zurückzuziehen.

* In Folge der bei der 3. Berathung des Etats im Reichstage gefassten Beschlüsse haben die Zahlen der Matrikularkräfte für 1885/86 eine Abänderung erfahren. Die Erhöhung gegen 1884/85 beträgt 37 596 708 Mt. Davon entfallen auf Preußen: 22 541 570 Mt., Bayern 4 910 926 Mt., Sachsen 2 456 522 Mt., Württemberg 1 811 258 Mt., Baden 1 424 395 Mt., Hessen 773 721 Mt., Mecklenburg-Schwerin 476 838 Mt., Sachsen-Weimar 255 813 Mt.

Mecklenburg-Strelitz 82 856 Mt., Oldenburg 278 868 Mt., Braunschweig 288 692 Mt., Sachsen-Meiningen 171 112 Mt., Sachsen-Altenburg 128 110 Mt., Sachsen-Coburg-Gotha 160 899 Mt., Anhalt 192 197 Mt., Schwarzburg-Sondershausen 58 759 Mt., Schwarzburg-Rudolstadt 66 350 Mt., Waldeck 46 707 Mt., Neusäss 8. L. 41 963 Mt., Reuß 8. L. 83 734 Mt., Schaumburg-Lippe 29 231 Mt., Lippe 99 363 Mt., Lübeck 52 532 Mt., Bremen 129 504 Mt., Hamburg 375 045 Mt., Elsass-Lothringen 1 402 059 Mt.

Breslau, 9. März. Für die Expedition, welche unter des Dr. Siegel Leitung nach Afrika zur Erforschung der Benué-Länder abgeht, hat wie der "Fr. Stg." geschrieben wird, die afrikanische Gesellschaft den Assistenten am hiesigen mineralogischen Museum, Dr. Gürich, als Geologen engagiert. Die Expedition tritt zu Ende März von Hamburg aus die Fahrt nach Afrika an.

Österreich-Ungarn.

Prag, 9. März. Morgen sollte eine deutsche Studenten-Versammlung beabsichtigt die Gründung einer akademischen Ortsgruppe des deutschen Schulvereins stattfinden. Die Polizei hat aber die Versammlung untersagt mit der Motivierung, daß die allgemeine Studenten-Versammlungen gesetzlich verboten seien.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. März. Die "Hamb. Nachr." melden: Der vormalige Minister Krieger griff die Regierung im Landsting an und forderte zu einem Compromiß mit dem Folketing und die Regierung zur Abdankung auf. Minister Esstrup antwortete: von Abdankung könne keine Rede sein; wenn die Kammer sich nicht über ein Finanzgesetz einigt, sei es der Reichstag, der abdankt. Das Landsting genehmigte darauf in zweiter Lesung ein interistisches Finanzgesetz, übereinstimmend mit der Regierungsvorlage.

England.

A. London, 9. März. Am 6. d. wurde in den verschiedenen Garnisonen die ärztliche Untersuchung der ganzen heimischen Armee beendet. Diese Maßregel hatte den Zweck, die Anzahl der Mannschaften festzustellen, die für den Dienst im Auslande verfügbar sind. Man glaubt, daß nach Erfordern zwei Armeecorps von 36 800 Mann mit 1 863 Pferden und 90 Geschützen mobil gemacht und aus England nach Indien gesandt werden könnten, ausschließlich 60 000 Mann der regulären Armee, die jetzt in Indien dienen. — Sämtliche Arbeitnehmer der Kinderpest durch folgende Anordnung zu verschärfen: Auf der russisch-polnischen Grenze des Regierungsbezirks Marienwerder wird bis auf Weiteres die Einfuhr aller Arten von Vieh mit Ausnahme der Pferde, Maultiere und Esel verboten. Das Einfuhrverbot erstreckt sich zugleich auf alle von Wiederkäufern stammenden thierischen Theile in frischem oder trockenem Zustande, auf Dünger, Raufutter, Stroh und andere Streumaterialien, gebrauchte Stallgeräthe, Gefirr und Ledergegenstände.

Frankreich.

Paris, 10. März. Am Geburtstage des Kaisers wird die hiesige Freimaurerloge die feierliche Grundsteinlegung in ihrem neuen Logenhaus, welches in dem vormaligen Beermann'schen Garten errichtet werden soll, vornehmen. Die Einweihung des Gebäudes ist für den 13. Mai 1887, den 100-jährigen Stiftungstag der Konitzer Loge, in Aussicht genommen. (R. 3.)

M. Stolz,

M. Stolz, im Jahre 1798 bat der Polizeibeamte zur Erbauung des hiesigen Rathauses 398 Thlr. hergegeben und sich dadurch das dauernde Recht gesichert, im Rathause die Hauptnache und einige Wachtzellen zu unterhalten. Da nun in neuerer Zeit die rathäusliche Räume für die Commissariatsverwaltung nicht ausreichen, so ist mit dem Militärsausschuß der Kinderpest durch folgende Anordnung zu verschärfen: Auf der russisch-polnischen Grenze des Regierungsbezirks Marienwerder wird bis auf Weiteres die Einfuhr aller Arten von Vieh mit Ausnahme der Pferde, Maultiere und Esel verboten. Das Einfuhrverbot erstreckt sich zugleich auf alle von Wiederkäufern stammenden thierischen Theile in frischem oder trockenem Zustande, auf Dünger, Raufutter, Stroh und andere Streumaterialien, gebrauchte Stallgeräthe, Gefirr und Ledergegenstände.

Amerika.

ac. Ottawa, 6. März. In dem canadischen Parlament ist ein Gesetzesvorschlag eingereicht worden, demzufolge jederzeit eine Verurteilung verübt oder Explosivstoffe fabriziert, in der Absicht, sie zur Vernichtung von Menschenfesten und einer Minderheit der Nationalliberalen, sowie vereinzelt Mitglieder des Centrums und der freisinnigen Partei; gegen denselben votiren fast das ganze Centrum, die Deutschfreiherrn, die Polen, die Mehrheit der Nationalliberalen und etwa ein Viertel der Conservativen; die Minister v. Puttkamer, v. Voetticher, Lucas und Maybach, welche zugleich Abgeordnete sind, nehmen an der Abstimmung nicht Theil.

Danzig, 11. März.

Wetter-Aussichten für Donnerstag, den 12. März.

Private Prognose d. "Danziger Zeitung".

Wetterbericht laut Gesetz v. 1. Juni 1870.

Bei kühler Temperatur mit Niedrigfrösten und mäßigem Winden trocken, vorwiegend heiteres Wetter.

* Kaiser's Geburtstag.] Kaiser Wilhelm 88. Geburtstag wird in unserer Stadt in hergebrachter Weise gefeiert werden. Am Sonnabend den

Das heute Mittags 12 Uhr nach 5 tägigem schweren Krankenlager im 75. Lebensjahr erfolgte Ableben unserer innigst geliebten Mutter, Schwester, Groß- u. Schwiegermutter, der verw. Frau Bürgermeister Lina Vanselow,

geb. Voigt, zeigen wir hiermit tief betrübt an. Danzig, den 11. März 1885.

Heute früh 5 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden mein innigster geliebter Mann, unser unvergessener Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann Louis Blum,

im 56. Lebensjahr. Danzig, den 10. März 1885.

Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. d., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Heute Mittag 12 U. entschlief sanft nach schwerem Leiden meine thure gute Frau, unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester u. Schwägerin Ida Horn,

geb. Strehlke, im Alter von 30 Jahren. Dies zeigen tief betrübt an. Dirschau, den 10. März 1885.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. März, Nachmittags 3 Uhr, statt.

(3354)

Auction in Zoppot, Südstraße Nr. 3.

Donnerstag, den 12. März er., Mittags 12 Uhr, werde ich am angegebenen Orte im Wege der Zwangs-vollstreitung folgende dem bisherigen Pächter gehörige Gegenstände, als:

8 Wandlampen, 42 eiserne Gartenstühle, 3 eiserne Gartentische, eine Krippe, mehrere Flaggenstangen, sowie ferner einen astreitigen, in Holz erbauten und zerlegbaren Tempel mit Stein in Del gemalter Wanddecoration, der einige Jahre als Restaurationslokal mit Billard benutzt worden ist und sich event. vorzüglich als Garten-Pavillon benutzen lässt. Öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Zahlung versteigern.

Stützer,
Gerichtsvollzieher,
Danzig, Schmiedegasse 9. (3115)

Auction.
Sonnabend, den 14. März er., Vormittags 10½ Uhr, Auction in der Stützergasse 2 (Speicherinsel) über: 17 000 Kilos gemahlenen kahlgelassenen Düngergyps, 14 Fas. Isolirmasse (für Dampfleitungs-Röhren), 5 Fas. concentrirten Alraun (Schwefelsaure Thonerde) daselbst lagernd. (3361)

Collas.

Auction
Langgarten 85.
Am Sonnabend, den 14. März,
Vormittags 11 Uhr,
werde ich am angegebenen Orte an den Meistbietenden

10 schmiedeeiserne Grabgitter
gegen Baarzahlung versteigern.

Gross, Gerichtsvollzieher,
Hundegasse 53 I.

Bahnarzt Wolffsohn,
Langgasse 18. (3170)
Für auswärtige Patienten ist
frühere Melbung ermuntert.

Marienb. Pferde-Lotterie,
Ziehung 17. April, Loose à 3 M.
Königsb. Pferde-Lotterie,
Ziehung 22. April, Loose à 3 M.
Große Schlesische Lotterie,
Ziehung 19. u. 20. März er. Loose
à 3 Mark. (3391)

Inowrazl. Pferde-Lotterie,
Ziehung 21. April er., Loose à 3 M.
Stettiner Pferde-Lotterie,
Ziehung 18. Mai er., Loose à 3 M.
Casseler Pferde-Lotterie,
Ziehung 3. Juni er., Loose à 3 M. bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Collas.

Wohltätigkeitslotterie
der Stadt Danzig.

Am Sonnabend, den 14. März,
Vormittags 11 Uhr, werde ich am
angegebenen Orte an den Meistbietenden

10 schmiedeeiserne Grabgitter
gegen Baarzahlung versteigern.

Große Schlesische Lotterie,
Ziehung 19. u. 20. März er. Loose
à 3 Mark. (3391)

Collas.

Im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses:
Donnerstag, den 19. März und Freitag, den 20. März er.,
jedesmal Abends 7½ Uhr:

Zwei Concerte

der Hofkapelle Sr. Hoheit des Herzogs von S. Meiningen
unter Leitung ihres Hofmusikdirektors

Dr. Hans von Bülow.

Preise der Plätze: Logen und Saal, Reihe 1–10 für ein Concert 5 M., für beide Concerte 8 M.—Saal, Reihe 11–20 für ein Concert 4 M., für beide Concerte 6,50 M.—Saal, Reihe 21 und folgende für ein Concert 3 M., für beide Concerte 5 M.—Stehplatz für ein Concert 2,50 M., für beide Concerte 4 M.—Schülerbillett für ein Concert 2 M., für beide Concerte 3 M.—Billets bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

Ville bei Constantin Siemssen, Musikalien- und Pianoforte-Handlung 5341

(3372)

</

Beilage zu Nr. 15128 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 11. März 1885.

Reichstag.

163. Sitzung vom 10. März.

Erste Berathung des Antrages Ackermann u. Gen., betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, der die Erteilung der Befugniss zum selbstständigen Handwerksbetrieb von einem Befähigungs nachweis abhängig machen will.

Abg. Ackermann (conf.): Wenn sich heute ein Handwerker selbstständig niederlassen will, so geht er einfach aufs Rathaus, erhält dort einen Anmeldeschein und macht sofort einen Laden mit großer goldener Firma auf, bis nach einigen Jahren die Sache wieder zu Ende ist, während doch Staat und Kirche von ihren Beamten eine genügende Befähigung verlangen, und man kaum einen Diener engagirt, von dem man nicht die Garantie hat, daß er seine Sache versteht. Mein Antrag nun soll das Handwerk schützen gegen regellose Concurrenz; er stärkt ferner das Selbstbewußtsein und Standesgefühl der Handwerker. Wir beeinträchtigen auch keineswegs die Freiheit der Individuen, wenn wir wollen, das nur der sich selbstständig machen kann, der dazu befähigt ist.

Abg. Baumbach (freis.): Das auf liberaler Seite Jemand der Anregung des Hrn. Ackermann folgen könnte, ist absolut ausgeschlossen; ich erkläre mich auch gegen eine commissarische Beurtheilung des Antrages, der trotz aller Verwahrungen die Zwangsinnung offerirt. Das Kleingewerbe kann den Kampf gegen die Großindustrie in der Weise, wie hr. Ackermann es will, nicht mit Erfolg führen. Wir Liberalen allein zeigen dem Kleingewerbe den richtigen Weg, indem wir ihm ratthen, sich auf das Feld zu concentriren, wo die Individualität des Einzelnen gegenüber der Maschinenindustrie noch zur Geltung kommen kann. Der wahre Freund des Handwerkes ist wer ihm die Wahrheit sagt, und nicht, wer in falschen Meinungen bestärkt. Wohin das Kunstwesen führt, darüber äußert sich nach dem bekannten Buch des Geh. Raths Wagener der jetzige Reichsfanzler, ehemalige Bundestags-Gefandte v. Bismarck in einem Briefe aus Frankfurt a. M., wo in den fünfzig Jahren das Kunstwesen noch bestand, wie folgt: "Die corporativen Verbände hier sind weit entfernt, die Grundlage christlicher Zucht und Sitte zu sein; sie dienen nur als Tummelplatz untergeordneter politischer und persönlicher Zänkereien und als Mittel, die Ausbeutung des Publikums durch Ausschluss der Concurrenz mit Erfolg zu betreiben." (Hört! hört!) In einem anderen Briefe des Gefandten v. Bismarck heißt es dann über die Frankfurter Handwerker: "Ich habe mir bisher viel von der Wiederaufhebung der Gewerbefreiheit versprochen;" — das ist also der von Herrn Ackermann vertretene Gedanke — „daß es aber damit allein nicht gethan ist, beweisen die hiesigen Zustände. Das Kunstwesen ist hier bisher intakt, und man vermisst keinen der Nachtheile, die es mit sich führt.“ Nun zählt er alle diese Nachtheile auf: „Es sind: übermäßige Vertheuerung des Fabrikats, Gleichgiltigkeit gegen die Kunstschafft und deshalb nachlässige Arbeit; spätes Anfangen, frühes Aufhören mit der Arbeit; lange Mittagszeit bei Arbeiten im Hause; mangelhafte Auswahl der Gegenstände und viele andere Mängel, die ich wohl tragen würde, wenn ich dafür einen conservativen Handwerkerstand haben kann. Diese Entschädigung für die Uebelstände fehlt

aber hier noch mehr wie in Berlin.“ Ich empfehle diese Briefe des Hrn. v. Bismarck dem Abg. Ackermann; vielleicht wird er dann sein Urtheil modifizieren. (Abg. Ackermann: Nein!) Frankfurt hat dann unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit und nach der preußischen Annexion einen großen Aufschwung genommen; jetzt würde der Reichsfanzler es dort anders finden. Der Antrag Ackermann will das Gute der alten Bünfte, deren autonomes Charakter nicht; er will nur das unglückselige Privilegiumswesen wieder einführen und das ganze Handwerk unter Polizeiaufsicht stellen. In Österreich, auf das er sich als Musterland bezogen hat, müßte man bei den Verhandlungen über die Wiederherstellung der Bünfte es bei-eits erleben, daß ein großer Streit darüber entstand, ob Jemand, der Rahmenstrudel und Mohnbeutel backen dürfe, auch Zwieback backen könnten. (Heiterkeit.) Sollte die deutsche Gesetzgebung durch diele lex Ackermann verunziert werden (Oho! rechts), so wird damit dem Handwerk nicht geholfen; das Publikum wird nach wie vor da kaufen, wo es die Ware am preiswertesten findet; und ich werde, wenn ich mir ein Paar Stiefel kaufe, nicht erst mir den Befähigungs nachweis des Verkäufers vorweisen lassen, sondern kaufe sie einfach da, wo ich sie gut finde, auch wenn sie in einer Fabrik gearbeitet sind. Von historischem Interesse ist der Antrag Ackermann aber unter allen Umständen als eine Befundung von dem, was man im Jahre 1885 dem deutschen Volke in einer Periodikräufiger Bewegung zu bieten wagte. (Beifall links.)

Abg. Biehl (Centr.) tritt lebhaft für den Antrag ein. Die jetzigen Innungen sind nicht lebensfähig. Ich wünsche deshalb obligatorische Innungen und glaube fest, daß sie kommen müssen. Die Priorität in der Forderung des Befähigungs nachweises gehört nicht Herrn Ackermann, sondern dem Centrum. Da die obligatorischen Innungen zur Zeit nicht zu erlangen sind, so müssen wir die Einführung des Befähigungs nachweises als eine Abschlagszahlung auf unsere Forderung verlangen. Sie glauben, daß das Handwerk ein Tummelplatz sei, auf dem sich alle breit machen können, die nichts gelernt haben. Diese Zeit ist vorüber. Herr Baumbach hat Auslassungen des Reichsfanzlers aus dem Jahre 1853 vorgetragen. Aber was derselbe 1853 für richtig erklärte, kann jetzt grundsätzlich sein. Auch ich habe 1853 anders gedacht als jetzt. Wenn Ihre (links) Presse sich ungünstig über unseren Antrag geäußert und von Absurditäten gesprochen hat, so beweist mir das nur, daß man nicht die Lust, vielleicht auch nicht die Fähigkeit gehabt hat, auf unsere Forderung einzugehen. Für mich ist die Frage offen, ob nicht auch von den Journalisten eine Befähigungs nachweis zu fordern wäre. (Heiterkeit.) Nur eine Zeitung hat sich nicht ungünstig unserem Antrage gegenübergestellt, die „Nord. Allg. Zeit.“ Es ist deshalb zu hoffen, daß auch die Regierungen ihm nicht Feind sind. Es ist jetzt ein Wettkampf um den armen Mann. Nun, so nehmen Sie alle auch auf den armen Handwerker Rücksicht. In dem Handwerk befinden sich fast noch mehr Arme als in den Reihen der Arbeiter, Fachschulen und Kunstgewerbeausstellungen sind gewiß schön, aber sie beseitigen die Notlage des Handwerks nicht. Auch ein hervorragendes Mitglied Ihrer (links) Partei in Bayern hat erklärt, daß die Innungen kommen und eine spätere Zeit nicht begreifen würde, weshalb man sich so lange gegen die Einführung derselben ge-

sträubt. Ich bitte, unseren Antrag an eine Commission zu verweisen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Böttcher (nat.-lib.): Es war mir interessant zu hören, daß die Vaterschaft des Antrages eigentlich dem Centrum zufolgt. Merkwürdig ist, daß während der ganzen Zeit seit Erlaß der Gewerbeordnung Niemand den Befähigungs nachweis gewünscht hat. 1878 und 1879 bei Berathung der Gewerbeordnung ist ein solcher Wunsch von conservativer Seite nur schwach laut geworden. Ich hätte erwartet, daß der Abg. Ackermann die Nothwendigkeit des Befähigungs nachweises als erforderlich für das öffentliche Wohl darstellen wird. Er hat aber ausdrücklich erklärt, daß der Hauptzweck seines Antrages der Schutz des Handwerks gegen regellose Concurrenz sei. Kein redlicher Mann scheut sich vor dem Wettkampf. Wenn der Abg. Ackermann wenigstens das Publikum gegen Fälscher schützen zu müssen gemeint hätte; aus seinen Ausführungen sprach aber lediglich jener Geist der Engherzigkeit, wie wir ihn aus den alten Bünften kennen. Ist der Staat überhaupt einem erwachsenen, selbstständigen Menschen gegenüber befugt, ein derartiges Recht auszuüben, wo nicht ein öffentliches Interesse ihm zur Seite steht? Unsere Gewerbeordnung hat ja den Prüfungszwang nicht ganz ausgeschlossen, aber in diesen Fällen liegt in der That ein öffentliches Interesse vor. Aus diesem Grunde haben wir auch für Einführung eines Prüfungszwangs für Hausschmiede gestimmt. Ich gebe zu, daß die Frage der Einführung des Prüfungszwangs für das Bauhandwerk discutabel ist, eine andere Frage ist es freilich, ob dieselbe sich praktisch durchführen läßt. Die verbündeten Regierungen haben wenigstens mehrmals darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten der Ausführung so gewaltig sind, daß sie die Initiative zur Einführung dieses Prüfungszwanges nicht ergreifen könnten. Warum will man nur handwerksmäßigen Betrieb, warum nicht den gesamten Betrieb ins Auge fassen? Wahrscheinlich deshalb, weil das große Gewerbe nicht zu fassen ist. Die handwerksmäßigen Betriebe festzustellen, überlassen Sie nun dem Bundesrathe, wie das jetzt überhaupt Gegebenheit ist. Man hat einen schönen Gedanken, den legt man gefehlmaßig fest, und der Bundesrat mag für die Ausführung sorgen. Durch den Bundesrat soll dann bestimmt werden, wie viele Jahre Jemand als Lehrling und Geselle thätig gewesen sein muß. Die besten Garantien bei einer Prüfung gewähren keinen Beweis von der Tüchtigkeit des Geprüften; sie setzen diesen höchstens in den Besitz eines Zeugnisses; und welche Schwierigkeiten können daraus erwachsen. Ein Bundesstaat erkennt vielleicht die Prüfungszugänge des anderen Bundesstaates nicht an, denn die Prüfungsgrundsätze stellt die untere Verwaltungsbehörde fest; sie soll eine Einheitlichkeit, für alle lokalen Verhältnisse gleichmäßig regeln. Die Bestimmungen des Antrags sind ein Zeichen höchster Rathlosigkeit; sie erinnern an den schönen Vers: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. (Heiterkeit.) Thatächlich würde nach den obigen Ausführungen auch die Freizügigkeit bis zu einem gewissen Grade aufgegeben werden. Nach dieser wunderbaren Bezeugung des höchsten Vertrauens in die Weisheit des Bundesraths kommt nun das gerade Gegenteil davon. Wenn nämlich in einem Bezirk die Hälfte der Arbeitgeber einer Innung angehört, da hört das Vertrauen auf, da muß die Innung an die Stelle der Verwaltungsbehörde treten. Das Herz, welches die Antragsteller

haben für die Erhaltung des deutschen Handwerks, das haben auch wir. Wir meinen jedoch, daß Sie durch derartige Anträge und das Hineinwerfen des Innungszwanges die Thatkraft des Handwerkers nur lähmen; und weil wir uns daran nicht beteiligen wollen, müssen wir uns gegen die Anträge erklären.

Abg. v. Reinbaben (freicons.): bringt den Anträgen seine lebhafte Sympathie entgegen. Wir müssen bestrebt sein, die alte Zucht, den corporativen Geist in unserem Handwerk wieder aufzuleben zu lassen.

Abg. Harm (Soc.): Die Agitation zu Gunsten der Innungen in dem Handwerkerstand ist nur künstlich hervorgerufen. Da, wo das Handwerk neben der Großindustrie besteht, ist man von dem Wahne, daß in der Innung das Heil liege, längst zurückgekommen. Gewiß befindet sich der Handwerkerstand in einer Nothlage. Mit der ersten Maschine war das Schicksal des Handwerks entschieden, war ihm sein Grab gegraben. In Industriebezirken, wo das Handwerk zum Fabrikbetrieb geworden ist, würden Innungen platterdings unmöglich sein. Was nutzt auch einem Schuster, einem Schneider sein Meisterpatent, er würde doch für den Großkapitalisten arbeiten müssen. Die letzten großen Ausstellungen haben übrigens gezeigt, daß unser Handwerkerstand mit den anderer Nationen vollständig concurrenzen kann, und das ist doch ohne die Innungen geschahen. Die Zeugnisse über die Befähigung würden nur Plakereien und Geldkosten verursachen; und wenn sich Jemand irgendwie mißliebig gemacht hat, so würde ihm keine Behörde das Zeugnis aussstellen.

Abg. Hilde (Centr.): Die Anträge des Abg. Ackermann gehen uns theils nicht weit genug, theils halten wir den in ihnen vorgeschlagenen Weg für verfehlt. Den Innungen fehlt noch immer die Autorität zur Durchführung der vorgeschlagenen Reformen; man mag die schönste Lehrlingsordnung erlassen, es nützt nichts, so lange nicht den Innungen auch Zwangsbefugnisse beigelegt sind. Der Aufsichtsbehörde können wir nicht das Vertrauen entgegenbringen, welches ihnen diese Aufträge entgegenbringen. Wenn die Innung sich bewährt hat, soll sie gewisse Rechte erhalten; nein, um sich zu bewähren, muß sie schon diese Rechte haben. Die Innung muß die Befugniss haben, welche der Abg. Ackermann den Behörden geben will. Im Weiteren entwidelt Redner seine besonderen Anschaunungen über die Organisation des Handwerks. Nicht alle Handwerker seien dem Kampf gegen die Entwicklung der Technik ausgesetzt; eine ganze Reihe von Handwerkern würde stets ihren handwerksmäßigen Charakter beibehalten, so die Bäcker, Maurer, Zimmerer, Anstreicher, Dachdecker. Diesen Betrieben gehören große Zahlen von Arbeitern an. Die Ordnung des Gesellen- und Lehrlingswesens auf diesem Gebiete sei eine zwingende Nothwendigkeit. Das zweite Ziel der Organisation des Handwerks gegen die Maschinen zum Schutz gegen die Großindustrie müsse darin gefunden werden, wie man dem Handwerk die Vortheile des Großbetriebes ohne dessen Nachtheile gewähren könne. Die Lösung liege auf dem Gebiete der Genossenschaften.

Abg. v. Kleist-Reckow (conf.): Eine Reform und Hebung des Handwerks kann nur durch feste Organisation stattfinden. Das ist auch ein wirkhafter Schutz gegen das Vordringen der Socialdemokratie. Wie hat sich die Kürzichtigkeit des Manchesterthums so krass gezeigt, als bei der Preisgebung des Handwerks durch die schrankenlose Gewerbefreiheit. Es kommt darauf an,

die Handwerker für das Handwerk zu erobern, wie man Deutschland für die Deutschen erobern müßte. Wir wollen die Einnungen zu Republiken der kleinen Leute machen, im Gegensatz zu den Königen der Großindustrie; allerdings wollen wir nicht, daß es demokratische Republiken werden.

Der Antrag geht darauf an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Provinziales.

Neustadt, 10. März. Heute fand am hiesigen kgl. Gymnasium unter Vorsitz des Hrn. Provinzial-schulrats Dr. Krupe das mündliche Abiturienten-examen statt. Sämtlichen 5 Examinierten, v. Below, v. Braunschweig, Lichtenstein, Niplotow, König, letzterem unter Dispensation von der mündlichen Prüfung, wurde das Zeugnis der Reife zuerkannt.

Marienwerder, 11. März. Am Freitag den 27. März findet hier ein Kreistag statt, auf welchem u. A. über Nachstehendes berathen und Besluß gefaßt werden soll: 1. Abänderung der Kreistagsbeschlüsse vom 14. Februar und 2. Dezember 1881 wegen Aufbringung der Baukosten der Chaussee Bialken-Sedlinen-Neubrau und Mehrbelastung der an dieser Chaussee besonders interessirten Ortschaften mit Präcipualquoten der Kreis-abgaben nach § 13 der Kreisordnung; 2. Berichtigung aber Stand und Verwaltung der Kreiscommunal-Angelegenheiten; 3. Feststellung des Kreishaushalts-Etats für das Jahr 1885/86. Der Kreisobergärtner Bauer soll vom 1. April 1885 ab gegen ein Gehalt von 1500 M. jährlich neben freier Wohnung und 1 Hectar Dienstland als Kreisbeamter mit Pensionsberechtigung definitiv angestellt werden. — Ueber den Post- und Telegraphen-Verkehr im hiesigen Kreise für das Jahr 1884 erfahren wir Nachstehendes: Es sind 15 Verkehrsanstalten, nämlich Marienwerder, Newe, Garzsee, Czerwinski, Kleinkug, Gr. Talfenau, Gr. Krebs, Gr. Neubrau, Hochzehren, Kurzebrack, Münsterwalde, Neudörfchen, Rundwiese, Schadewinkel und Sedlinen vorhanden; an 13 derselben sind mit den Postanstalten Telegraphenstationen vereinigt. Im Laufe des Jahres, nämlich am 1. August 1884, ist in Münsterwalde eine Telegraphenanstalt mit Fernsprechbetrieb eröffnet. In Marienwerder sind 553 428 Briefe, 46 854 Packete ohne Werthangabe, 7146 Packete mit Werthangabe im Werthbetrage von 34 074 594 M. 9206 M. Postnachnahmestellungen in Höhe von 35 766 M. 999 Postaufträge, 43 449 Postanweisungen mit 2 656 036 M. 7048 inländische und 78 ausländische Telegramme aufgegeben, dagegen 551 808 Briefe, 61 650 Packete ohne Werthangabe, 6 966 Packete mit Werthangabe im Werthbetrage von 26 020 350 M. 5562 Postnachnahmestellungen in Höhe von 48 816 M. 2747 Postaufträge zur Einziehung von 301 762 M. 49 343 Postanweisungen mit 3 477 124 M. 7581 inländische und ausländische Telegramme eingegangen. Die etatmäßige Einnahme betrug 113 173 M., darunter an Telegrammgebühren 5 473 M. Die Einnahme aus dem Verkaufe von Wechselstempelmarken betrug 5 909 M.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 10. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, auf Termine fest, 7e März 163 Br., 162 Gd., 7e April-Mai 168 Br., 167 Gd. — Roggen loco still, auf Termine fest, 7e März 128,00 Br., 127 Gd., 7e April-Mai 128 Br., 127 Gd. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl matt, loco —, 7e Mai 52 1/2. — Spiritus flau, 7e März 33 1/2 Br., 7e April-Mai 33 1/2 Br., 7e Mai-Juni 33 1/2 Br., 7e August-Dez. 35 1/2 Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sac. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,40 Bl., 7,30 Gd., 7e März 7,15 Gd., 7e August-Dezbr. 7,65 Gd. Wetter: Kalt.

Bremen, 10. März. (Schlußbericht.) Petroleum ruhig. Standard white loco 7,10 bez. n. Br., 7e

April 7,20 Br., 7e Mai 7,25 Br., 7e Juni 7,30 Br., 7e August-Dezbr. 7,65 Brief.

Frankfurt a. M., 10. März. Effecten-Societät. Schluss.) Creditinaten 258%, Franzosen — Lombarden 114%, Galizier 222%, Ägypter 68 1/2, 4% ungar. Goldrente 82%, Gotthardbahn 110, 1860er Loosse 120%. Fest.

Amsterdam, 10. März. Getreidemarkt. Weizen

7e März —. Roggen 7e März 157, 7e Mai 152.

Antwerpen, 10. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco 17 1/2 bez., 18 Br., 7e April 17 1/2 Br., 7e Mai 18 Br., 7e September-Dezember 19 1/2 Br. Fest.

Anmerken, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Hafer still. Gerste behauptet.

Paris, 10. März. (Schlußbericht.) Productenmarkt. Weizen bhpt., 7e März 21,60, 7e April 21,90, 7e Mai-Juni 22,50, 7e Mai-August 23,00. — Roggen behpt., 7e März 16,50, 7e Mai-August 17,25. — Mehl 9 Marques geschäftsl., 7e März 47,25, 7e April 47,60, 7e Mai-Juni 48,25, 7e Mai-August 48,80. — Rüböl fest, 7e März 63,50, 7e April 64,25, 7e Mai-August 65,25. — Sept.-Dezbr. 66,50, 7e April 46,50, 7e Mai-August 47,00, 7e Sept.-Dezbr. 47,25. — Wetter: Bedeut.

Paris, 10. März. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 83,90, 3% Rente 82,37 1/2, 4 1/2% Alethe 110,17 1/2, italienische 5% Rente 97,85. Österreich. Goldrente 91, 6% ungar. Goldrente —. — 4% ungar. Goldrente 82 1/2, 5% Russen de 1877 100%, III. Orientanleihe —. Franzosen 633,75, Lombardische Eisenbahn-Actien 303,75, Lombardische Prioritäten 311,00, Neue Türken 18,60, Türkenseite 49,00, Credit mobilier —, Spanier neue 62,09, Banque ottomane 617,00, Credit foncier 1375, Ägypter 346, Suez-Actien 2155, Banque de Paris 810, Banque d'escompte 583, Wechsel auf London 25,35. — Föncier ägyptien — Tabaksaction —, 5% privileg. türk. Obligationen 416,25.

Paris, 10. März. Rohzucker 88° behpt., loco 36,50 bis 36,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 7e 100 Kilogramm 7e März 43,30, 7e April 43,60, 7e Mai-Juni 44,00, 7e Mai-August 44,25.

Liverpool, 10. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ruhig, Surat stetig. Mittel-amerikanische April-Mai-Lieferung 6 1/2, Mai-Juni-Lieferung 6 1/2, Juni-Juli-Lieferung 6 1/2, Juli-August-Lieferung 6 1/2, August-September-Lieferung 6 1/2 d.

Liverpool, 10. März. Getreidemarkt. Weizen, Mais und Mehl stetig. — Wetter: Schön.

London, 10. März. Consols 98 1/2, 4% preußische Consols 103, 5% italien. Rente 96 1/2. Lombarden 11 1/2, 3% Lombarden, alte, — 3% Lombarden neue, 1/2 Russen de 1871 94 1/2, 5% Russen de 1872 96 1/2, 1/2 Russen de 1873 96, Convert. Türken 18 1/2, 1/2 fundierte Amerikaner 125%. Dösterl. Silberrente 68 Dösterl. Goldrente 89 1/2, 4% ungar. Goldrente 80 1/2. Neue Spanier 61%. Unif. Ägypter 67%. Ottomanbank 14%, Suezactien 85. Silber —. — Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,71, Wien 12,57%, Paris 25,58 1/2, Petersburg 24 1/2. — Blasdiscont 3 1/2 %.

London, 10. März. Havannazucker Nr. 12 13 nom. Rüben-Rohzucker 12 1/2 fest, ruhig.

London, 10. März. An der Küste angeboten 2 Weizenladungen. — Wetter: Frost.

Newyork, 9. März. (Solan-Courte.) Weißl. af Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 4,84, Cable Transfers 4,86 1/2, Wechsel auf Paris 5,26%, 4% fundierte Anleihe von 1877 122 1/2, Erie-Bahn-Actien 13 1/2, New-Yorker Central-Actien 88 1/2, Chicago-North Western-Actien 94%, Lake-Shore-Actien 64, Central-Pacific-Actien 34%, Northern Pacific - Preferred - Actien 43%, Louisville und Nashville Actien 31%, Union Pacific-Actien 47%, Chicago Milw. u. St. Paul-Actien 73 1/2, Reading u. Philadelphia-Actien 18 1/2, Wabash Preferred-Actien 11 1/2, Illinois Centralbahn - Actien 125, Erie-Second-Bonds 56%, Central-Pacific-Bonds 111 1/2.

— Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 10 1/2, raff. Petroleum 70% Abel Test in Newyork 7% Gd., do. do. in Philadelphia 7% Gd., rohes Petroleum in Newyork 7, do. Pipe line Certificates — D. 77 1/2 C. — Mais (New) 51. — Zucker (Fair Refining Muscovado) 4,72 1/2. — Kaffee (fair Rio) 8,50. — Schmalz (Wicor) 7,60, do. Fairbanks 7,50, do.

— Schmalz & Brothers 7,50. Speck 7. Getreidebrach 2 1/2.

Newyork, 9. März. Weizenverschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 37 000, do. nach Frankreich 8000, do. nach anderen Häfen des Continents 27 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 84 000 Tons.

Productenmärkte.

Königsberg, 10. März. v. Portatius u. Grothe.) Weizen 7e 1000 Kilo hochbunter 127/8 160 M. bez., bunter russ. 112 1/2 naß 122,25, 113 1/2 134, 119 1/2 131,75, 134, 120 1/2 Ausw. 136,50, 125 1/2 138,75, 139,50 M. bez., roher russ. 117 1/2 waf. 127, 119 1/2 131,75, 134, 120 1/2 134, 128 1/2 145,75 M. bez., Roggen 7e 1000 Kilo insländ. 120 1/2 132,50, 122 1/2 135, 124 1/2 137,50, 126 1/2 139,25 M. bez., russisch ab Bahn 106 1/2 bei 98, 112 1/2 waf. 104,25, 112 1/2 105,50, 114 1/2 107,50, 117 1/2 111,25, waf. 110,50 M. bez., 7e März 132 1/2 M. Gd., 7e Frühjahr 135 M. Gd. — Gerste 7e 1000 Kilo große russ. 120 M. bez., Hafer 7e 1000 Kilo loco 136, 140 M. bez., 7e März 136 M. Gd., 7e Frühjahr 138 M. Gd. — Wizen 7e 1000 Kilo 133,25, 135,50, 137,75, 138,75 M. bez., Spiritus 7e 10 000 Liter % ohne Fass loco 42 1/2 M. Gd., 7e März 42 1/2 M. Br., 7e Frühj. 43 M. Gd., 7e Mai-Juni 44 M. Br., 7e Juni 44 1/2 M. Gd., 7e Juli 45 1/2 M. Gd., 7e August 46 M. Gd., 7e Septbr. 46 1/2 M. Gd. — Die Notierungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 10. März. Getreidemarkt. Weizen fester, loco 154,00—164,00, 7e April-Mai 166,00, 7e Juni-Juli 171,50, 7e Sept.-Oktober 179,00. — Roggen fester, loco 134—139, 7e April-Mai 144,00, 7e Juni-Juli 146,50, 7e Sept.-Oktober 149,50 — Rüböl unveränd., 7e April-Mai 49,50, 7e Sept.-Okt. 52, — Spiritus unveränd., loco 41,50, 7e April-Mai 42,70, 7e Juni-Juli 44,50, 7e August-Sept. 45,50 — Petroleum loco alte Usance 20% Tara Cassa 1/2 2% 8,00.

Berlin, 10. März. Weizen loco 155—184 M., weiß-hunt polnischer — M. ab Bahn bez., 7e April-Mai 167 1/2—167 1/2—167 1/2 M. bezahlt, 7e Mai-Juni 170 1/2—170 1/2—170 1/2 M. bez., 7e Juni-Juli 172 1/2—173—172 1/2 M. bez., 7e Juli-August 175—175 1/2—175 1/2 M. bez., 7e September-Oktober 178 1/2—179—178 1/2 M. bez., — Roggen loco 140—146 M. seines inländischer 144—145 M. ab Bahn bez., 7e März — M. bezahlt, 7e April-Mai 148—148 1/2 M. bez., 7e Mai-Juni 148 1/2—149 1/2 M. bez., 7e Juni-Juli 149 1/2—150 M. bez., 7e Juli-August 150 1/2—150 1/2 M. bez., 7e September-Oktober 152—152 1/2 M. bez., — Hafer loco 143 bis 165 M. ost- und westpreuß. 149 bis 154 M. pommerischer ufermärk. und medlenb. 150 bis 155 M. schlesischer und böhmischer 150—155 M. seines schlesischer, mährischer u. böhmischer 156—158 M. russischer 144 bis 150 M. ab Bahn bez., 7e April-Mai 145 1/2—144 1/2 M. bez., 7e Mai-Juni 145 1/2—144 1/2 M. bezahlt, 7e Juni-Juli 145 1/2—145 M. bezahlt. — Gerste loco 125 bis 185 M. — Mais loco 118—126 M. — neuer rumänischer — M. ab Bahn und Boden bez., 7e April-Mai 116 1/2 M. bez., 7e Mai-Juni 117 M., 7e Juni-Juli 117 1/2 M. bez., 7e Juli-August 117 1/2 M. bez., —

7e August-September 118 M., 7e September-Oktober 119 M. — Kartoffelmehl loco 17,75 M. 7e März 17,75 M., 7e März-April — M. 7e April-Mai 17,80 M. bez., 7e Mai-Juni 18,00 M. Gd. — Trockene Kartoffelfärbörse loco 17,75 M. 7e März 17,75 M. 7e April-Mai 17,80 M. bez., 7e Mai-Juni 18 M. Gd. — Trockene Kartoffelfärbörse loco 17,75 M. 7e März 17,75 M. 7e April-Mai 17,80 M. bez. — Feuchte Kartoffelfärbörse loco — M. bez., — Erbsen loco 7e 1000 Kilogr. Butterware 132—143 M. Kochware 153 bis 210 M. — Weizenmehl Nr. 00 23,50

bis 21,50 M. Nr. 0 21,50—20,00 M. Nr. 0 n. 1 — M. — Roggenmehl Nr. 0 21,75—20,50 M. Nr. 0 u. 1 20,25 — 18,75 M. ff. Marken 22 1/2 M. 7e März — M. bez., 7e März-April — M. bez., 7e April-Mai 20,45 M. bez., 7e Mai-Juni 20,60 M. bez., 7e Juni-Juli 20,80 M. bez., 7e Juli-August 20,90 M. bez., — Rüböl loco ohne Fass 49,8 M. 7e April-Mai 50,1—50,2 M. bez., 7e Mai-Juni 50,6—50,7 M. bez., 7e Septbr.-Okt. 52,7—53,2 M. bez. — Leinöl loco 48 M. — Petroleum loco — M. bez., 7e März 22,7 M. 7e Sept.-Oktober 23,6 M. — Spiritus loco ohne Fass 42,9 M. bez., 7e März 43,1 M. bez., 7e März-April 43,1 M. bez., 7e April-Mai 43,6 M. bez., 7e Mai-Juni 43,9 M. bez., 7e Juni-Juli 44,9 M. bez., 7e Juli-August 45,8 M. bez., 7e August-Septbr. 46,4—46,3 M. bez.

Frankfurt a. M., 9. März. (S. Sachburger.) Bei vermehrtem Angebot und geringer Kauflust nahm das Geschäft am heutigen Markt einen ruhigen Verlauf. Etliche notire: Weizen, Wetterauer 18 1/2—19 M. do. fremder 18 1/2—19 M. — Roggen 16 1/2—16 1/2 M. — Gerste, Brauware, 17 1/2 bis 19 M. — Hafer 14 1/2 bis 15 1/2 M. — Raps — M. — Weizenmehl, nord-deutsch. Nr. 00 24 bis 24 1/2 M. Nr. 0 23 M. Nr. I. 19 bis 19 1/2 M. Nr. II. 16 1/2—17 M. Nr. III. 15 1/2—16 M. — Roggenkleie 5—5 1/2 M. Weizenkleie 4,35 bis 4,40 M. 7e 50 Kilogr. — Roggenmehl Nr. 0/1 ab Berlin 21 1/2—22 M. Alles 7e 100 Kgr. je nach Qual. franco hier.

Magdeburg, 10. März. Zuckerbericht. Kornzucker, exkl. von 96% 22,10 M. Kornzucker, exkl. 88% Rendem. 20,90 M. Nachprodukte, exkl. 75% Rendem. 17,50 M. Zell. — Gem. Raffinade, mit Fass, 27,75 M. gem. Melis I. mit Fass, 26,75 M. Unverändert.

Schiffss-Liste.

Rennfahrwasser, 11. März. — Wind: W. Angekommen: Anne, Björkmann, Warberg, Pfälzersteine. Gezeigt: Lotte (SD), Österreich, Rotterdam. Getreide. — Ludwig Holberg (SD), Hauge, Valencia. Sprit. — Ida (SD), Bretschneider, London, Getreide und Zucker.

Richts in Sicht.

Ihren, 10. März. — Wasserstand: 1,30 Meter. Wind: NW. — Wetter: bedeckt, sturmisch, windig, Niederschläge, Schnee auch bewölkt. Weichsel ganz eisfrei.

Schiffss-Nachrichten.

Swinemünde, 9. März. Der Kahn des hiesigen Schiffers Brückner ist gestern Mittag im Haff gesunken. Derselbe ließ sie in der Richtung vom Leichtschiff „Kaiser“ fahren“ aus S. O 2 Seemeilen ab und es ist die Stelle mit einem Steuerd., worauf eine grüne Flagge, bezeichnet. Die aus zwei Mann bestehende Besatzung wurde durch ein Fischhändlerfahrzeug gerettet.

Magdeburg, 9. März. Der Raddampfer „Kaiser Wilhelm“, welcher mit einem Schleppzuge von Hamburg kommend, zur Aufnahme von Proviant und Kohlen bei Wittenberge am linken Elbufer vor Anker lag, wurde Freitag Abend von einem niederwärts fahrenden beladenen Kahn, welcher nicht die am rechten Elbufer sich entlang ziehende Fahrstraße innehatte, derart angestoßen, daß ihm ein Radkahn ganz zertrümmt wurde. Ketten Schiff XII., welches, mit der Schraube thalwärts vor, dem „Kaiser Wilhelm“ zu Hilfe kommen wollte, stieß ebenfalls gegen den Dampfer, so daß dieser nun vollends auf den Grund ging. Glücklicherweise ist bei dieser Katastrophe niemand zu Schaden gekommen. Die Bergung des Dampfers wird mit aller Energie betrieben.

Newyork, 10. März. Der Hamburger Postdampfer „Suevia“ ist heute hier eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur für den politischen Theil, das Feuilleton und die vermittelten Nachrichten: i. V. Dr. B. Herrmann für den lokalen und provinzialen, den Börsen-Theil, die Marine- und Schiffsfahrt-Nachrichten und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein — für den Justiz- und Rathaus-Theil: A. W. Lafemann, sämmtlich in Danzig.